OFFENE LINKE ANSBACH
c/o Bäckergründlein 23, 91522 Ansbach, www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 30.05.2010

Kostenspirale am Urlas dreht sich nach oben - US-Armee soll Anschluss selbst bezahlen

Offene Linke stellt Drei-Punkte-Katalog auf: „Weiteren Schaden von der Stadt abwenden“

Windmühlberg seit 2006 kein Unfallschwerpunkt mehr: Argumente für Knoten fallen weg

Nachdem immer wieder Kostensteigerungen für die deutschen Steuerzahler in Zusammenhang mit dem Bau der US-Militärsiedlung am „Pulverfass Urlas“ bekannt wurden, soll jetzt die Stadt Ansbach selbst für den Urlas-Knoten sechsstellig in das Stadtsäckel greifen: Neben 500.000 Euro für die Leitungsverlegung durch die Stadtwerke werden laut Staatl. Bauamt (StBaAn) nochmals rund 100.000 Euro für Straßenanschlüsse an Hochstraße und Rabenhofstraße fällig.

Die Offene Linke hat aus dieser Entwicklung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger erste Konsequenzen gezogen und jetzt einen Drei-Punkte-Katalog hinsichtlich des gemeindlichen Einvernehmens erstellt, das voraussichtlich am 29.06. im Stadtrat behandelt werden soll:

1. Bis zum Abschluss von Planfeststellungsverfahren, Landbeschaffungsverfahren und etwaigen Enteignungsverfahren mit Blick auf den Urlas-Knoten müssen die Bauarbeiten an der Militärsiedlung angehalten werde. Für weitere Bauabschnitte muss ein Planungsmoratorium gelten, wie die Offene Linke bereits am 11.05. beantragt hat. Die Eröffnung eines riesigen Einkaufszentrums, eines Hotels und einer Tankstelle ohne tragfähigen Verkehrsanschluss bedeutet Chaos auf der B14 und eine Gefährdung der Verkehrsteilnehmer.

2. Der Stadt Ansbach wurde immer wieder zugesichert, keine Kosten für das Urlas-Projekt tragen zu müssen. Die Steuerzahler müssen bereits für den Knoten mit mindestens 4,2 Millionen Euro tief in die Tasche greifen. Weitere Kosten, wie etwa die der Leitungsumlegungen, soll die US-Armee als Nutznießer der Maßnahme selbst bezahlen. Die Stadt Ansbach darf nicht hinnehmen, für den Urlas Gelder zu verschwenden, die dann bei wichtigen Aufgaben, z.B. bei Bildung oder Klimaschutz fehlen. Dass Ansbacher Energieverbraucher letztendlich für den Knoten zahlen müssten, wäre ebenfalls ein Skandal.

3. Kein Ansbacher soll enteignet werden. Die Planungen des Knotens müssen weiter abgespeckt werden, sodass der Flächenfraß und die Zahl der betroffenen Grundstückseigner minimiert wird. Auffahrtsrampen zum Knoten können verkürzt, die Kreisel (derzeit mit über 40 Meter Durchmesser geplant) verkleinert werden. Die Kosten der Entschädigungen für die Landnahme soll ebenfalls die US-Armee bezahlen.

Stadtrat Boris-André Meyer will in den kommenden Wochen Gespräche mit allen Stadtratsfraktionen mit dem Ziel eines gemeinsamen Vorgehens in Sachen Urlas-Knoten führen: „Wir müssen zusammen versuchen, weiteren Schaden von unserer Stadt abzuwenden.“ Hierbei soll der obige Drei-Punkte-Katalog zu Grunde gelegt werden.

Indes geht aus den Planfeststellungsunterlagen hervor, dass das Hauptargument des StBaAn für den Knotenbau („Verkehrssicherheit“) in bisheriger Form nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Dort heißt es, der Windmühlberg werde „seit 2006 nicht mehr als Unfallschwerpunkt klassifiziert“. Offenbar haben Maßnahmen wie der „Geschwindigkeitstrichter“ zur deutlichen Verbesserung beigetragen. Die Offene Linke ist daher gespannt, wie das StBaAn die Umlage der Knotenkosten auf den deutschen Steuerzahler jetzt noch rechtfertigen kann.

Relativiert hat die Offene Linke zudem Aussagen des StBaAn, wonach die US-Armee den Stadtwerken angeblich „kräftig Geld bringen“ würden. In den Geschäftsberichten 2006/07 der Stadtwerke heißt es hingegen etwa in der Sparte „Fernwärme“, es bestünde eine „Abhängigkeit von der US-Armee“. Nach betriebswirtschaftlicher Lesart bedeutet das, dass zum Selbstkostenpreis oder gar darunter angeboten werden muss.

gez. Offene Linke Ansbach e.V.; der Vorstand